



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 29. August 1885.

Nr. 401.

## Deutschland.

Berlin, 28. August. Die „Ne u. Fr. Presse“ erzählt, wie aus Wien telegraphisch mitgeteilt wird, Kaiser Franz Josef und Kaiser Alexander hätten am 26. d. M. von Kremser aus ein gemeinschaftliches Telegramm an den deutschen Kaiser geschickt, in welchem sie denselben auf das Herzlichste begrüßen und dem Gedanken Ausdruck geben, daß die beiden Kaiser den deutschen Kaiser im Geiste anwesend betrachten. Bald darauf sei eine telegraphische Antwort des Kaisers Wilhelm eingetroffen, in welcher dieser seinen Dank ausdrückt, sowie die Versicherung, daß er die Gefühle der beiden Monarchen erwidere. Die „N. Freie Presse“ fügt hinzu, es sei wohl kaum ein deutscher sprechender Beweis für die innigen Beziehungen der drei Kaiserreiche denkbar.

Das russische Kaiserpaar hat inzwischen gestern die russische Grenze wieder passiert. — Der Minister des Auswärtigen, v. Giers, hat laut telegraphischer Mitteilung aus Petersburg, aus Brerau in Mähren sein Adjunkt Blangali folgende Depesche übermittelt: Die Majestäten haben gestern Kremser verlassen und den besten Eindruck von dem herzlichen Empfang, den sie dort fanden und von dem vollkommenen Einverständnis, welches bei der Zusammenkunft sich zeigte, mit sich genommen. Eingehend äußerte sich Herr v. Giers in der bereits telegraphisch signalisierten Unterredung mit einem Korrespondenten der „N. Fr. Presse“. Der Bericht, der nunmehr seinem vollen Inhalt nach vorliegt, hat folgenden Wortlaut:

„Ein heißer Tag,“ meinte der Minister, auf das farbenprächtige Durcheinander deutend. „Sie müssen sich kurz fassen, wenn Sie Aufklärungen wünschen. Ich will Ihnen antworten, aber mühen Sie die Augenblicke aus; ein Berg von Arbeit steht noch vor mir, dazu ein Diner, ein Souper u. s. w. Abends reise ich; aber ich begleite Sr. Maj. den Zar nur bis Trübau, von wo ich wieder nach Franzensbad zurückkehre.“

Auf die Bitte, von dem Minister eine Charakteristik der Entrevue zu erhalten und die Ansicht des Leiters der russischen Politik darüber zu hören, entgegnete Herr v. Giers:

„Nun, ich will kein Geheimnis machen. Die Bedeutung dieser Zusammenkunft liegt ja klar und offen zu Tage. Sie war eine Nothwendigkeit, eine Nothwendigkeit. Die Anwesenheit meines erhabenen Herrn ist die Erweiterung des kaiserlichen Besuchs in Skieniewice, und auch die Folgen dieses Besuchs sind natürlich. Sie bestehen in der Befestigung der Beziehungen beider Reiche, die im Augenblicke in Kremser so glänzend verflochten sind.“

„Fanden die Konferenzen am heutigen Tage statt, um das letzte Ziel zu erreichen?“

„Ich leugne nicht,“ meinte Herr v. Giers, „daß Konferenzen stattfanden. Ich habe Sr. Majestät den Kaiser gesprochen, ich habe mit dem Grafen Kalnoth konferirt, aber was wir bisher besprochen, betraf allgemeine Fragen und nicht spezielle. Unsere Politik hat ja eine Basis, auf welcher auch die Erörterungen dieser Konferenzen sich bewegen.“

„So werden diese Verhandlungen zu Beratungen über spezielle Fragen führen? Gibt es doch heute hier Leute, die glauben, auch diese Entrevue sei nur die Vorbereitung einer zweiten Entrevue in einem nächsten Jahre, bestimmt, etwa sich ergebende Mißbilligkeiten verschwinden zu lassen.“

„Eine andere Entrevue,“ replizierte der Minister, „ist vorläufig nicht in Aussicht genommen. Konferenzen über spezielle Fragen sind im Augenblicke nicht nothwendig. Es giebt heute nichts, was Konferenzen über spezielle Fragen zwischen Oesterreich und Rußland nothwendig machen könnte.“

„Ist es unrichtig, daß die Entrevue ihre Spitze gegen einen Dritten lehrt?“

„Gewiß, gewiß,“ meinte Herr v. Giers mit großer Bestimmtheit, „wir haben gegen Niemanden Absichten, wir sind zufrieden, daß die beiden Staaten, die wir vertreten, in ihren Beziehungen gefestigt werden.“

„Man meint auch vielfach, daß Kremser ein Eckpunkt gegen England und die Türkei ist?“

„Das ist unrichtig. Der Besuch unseres

Monarchen war das Ergebnis einer Politik, die sich vor aller Welt entwickelt hat. Die Entrevue gilt der Erklärung des Friedens, der von Bedeutung für uns wie für alle Welt ist; die Entrevue ist der Friede.“

„Aber der Friede,“ warf ich ein, „erscheint Vielen bedroht durch die Gefahren, welche das Verhältnis von England zu Rußland in sich birgt.“

„Die Sache steht gut,“ erwiderte der Minister; „allerdings, sie ist nicht vollendet, aber es geht gut, und ich glaube bestimmt, daß es gut enden wird.“

„Es giebt Politiker, die glauben, Kremser entferne sich von den Bahnen von Skieniewice.“

„Nichts weniger als dies. Die Befestigung der politischen Beziehungen, die hier eingeleitet wird, vollzieht sich auf der Basis des deutsch-oesterreichischen Kaiserbundes. Glauben Sie, wenn auch kein Vertreter Deutschlands hier weilte, im Geiste ist Kaiser Wilhelm hier, und es ist so viel, als ob er selbst hier anwesend wäre. Wenn die beiden Kaiser miteinander sprechen, ist es, als wäre der dritte neben ihnen. Sie geben den Tagen von Kremser den Titel einer Zwei-Kaiser-Zusammenkunft. Sie können kein anderes Resultat haben, wenn sie eine Drei-Kaiser-Zusammenkunft ist.“

„Und ist der Zar von dem Empfang bei uns befriedigt?“ glaubte ich fragen zu sollen, wiewohl die Zeit, die mir gegönnt schien, schon abgelaufen war.

„Gewiß! Die Stadt, die Gegend gefaßt ihn, der Empfang hat seine volle Anerkennung. Ich höre nur Worte des Lobes, der Zufriedenheit und des Dankes. Beide Majestäten stimmen darin überein, daß die Tage, die sie hier verlebten, schöne und eine gute Zukunft verhelfende Tage waren.“

Damit war die Unterhaltung mit Herrn von Giers zu Ende.

Einige Stunden später wurde der Korrespondent auch von einem der maßgebenden oesterreichischen Staatsmänner empfangen und erhielt auch von diesem eine Charakteristik der Kremserer Entrevue. Diese Darstellung läßt sich in folgendem zusammenfassen:

Es würde der Situation völlig widersprechen, wollte man den politischen Charakter der Entrevue leugnen. Dieselbe ist nicht nur als Reihe von Hoffesten anzusehen; schon in der Begegnung zweier Souveräne wie Zar Alexander II. und Kaiser Franz Josef I. liegt ein Moment von hervorragender politischer Bedeutung. Diese Begegnung ist die Fortsetzung der von Deutschland eingeleiteten Friedensaktion, die im vorigen Jahre nach Skieniewice, diesmal nach Kremser führte. Die Entrevue wird allen Friedensfreunden in Europa Befriedigung gewähren. Es haben Besprechungen über die politische Situation stattgefunden, und keine wichtige europäische Frage ist dabei unerörtert geblieben. Es zeigte sich ein volles Einverständnis und volle Einigkeit in der gegenseitigen Auffassung dieser Fragen. Zu förmlichen Abmachungen ist es allerdings nicht gekommen. Das hindert aber nicht die Bedeutung der Entrevue, welche die Tendenzen der Zusammenkunft von Skieniewice neuerlich befestigt und das Verhältnis zwischen Oesterreich und Rußland womöglich noch günstiger gestaltet, als es bisher schon gewesen ist. Dieser Umstand ist in allen Beratungen offenkundig geworden, sowohl in den Konferenzen, welche wiederholt beide Monarchen hielten, als auch in denen der Monarchen mit den beiden Ministern Giers und Kalnoth, endl. in den Beratungen der beiden letzteren. Man darf wohl annehmen, daß Herr von Giers und der maßgebende oesterreichische Staatsmann nicht in der Lage waren, über die vertraulichen Konferenzen, die in Kremser zwischen den leitenden Staatsmännern gepflogen wurden, dem Gewährsmann des Wiener Blattes auch nur annähernd vollständige Mittheilungen zu machen. Die Angaben des Korrespondenten entsprechen jedoch in allen wesentlichen Punkten den offiziellen Verlautbarungen der russischen und der oesterreichischen Presse. Wenn daher anderweitig behauptet wird, der Zar sei nach Kremser gekommen, um sich der wohlwollenden Neutralität Oesterreichs und Deutschlands bei einem einmaligen Kriege gegen England zu versichern, und dieser Krieg werde trotz der bisherigen friedlichen Bemühungen in den höchsten oesterreichischen Krei-

sen für unvermeidlich gehalten, so steht eine derartige Annahme mit allen autorisirten Kundgebungen in offenem Widerspruch.

Die Uebergänge, welche die Geschehnisse andauernd den Deutschen gegenüber unbedeutend gestalten dürfen, läßt in Oesterreich mehr und mehr die Agitation der Männer der schärfsten Tonart in den Vordergrund des politischen Interesses treten. In einer Wähler-Versammlung zu Rumburg gab jüngst der Reichstagsabgeordnete Straube folgende Erklärung ab: „Verweigert die Mehrheit der deutsch-liberalen Partei aus Rücksicht auf die Großgrundbesitzer und aus gewissen anderen Rücksichten die Bildung eines deutschen Klubs, so wird sich noch immer eine Anzahl von aufrichtig deutschen Abgeordneten zu einer Vereinigung finden, die dann nicht „deutscher“, sondern „deutsch-nationaler Klub“ getauft werden dürfte. Die wirkliche Einigkeit der deutschen Partei wird dadurch nicht gestört werden, der deutsch-nationale Klub wird im Verbands der vereinigten Opposition bleiben, welche gegen die Regierungspartei ebenso geschlossen vorgehen wird, als wenn sie einen einzigen Klub bilden würde.“ Die gemäßigteren Oppositionellen wehren sich noch immer dagegen, gleichfalls eine schärfere Tonart anzuschlagen. Das Regiment Taaffe scheint genügend dafür sorgen zu wollen, daß auch diese Jagdhasen ihre Ansicht bald ändern. Vielleicht werden sie sich ermutigt fühlen, wenn sie in der gestrigen Abendausgabe der „N. Allg. Ztg.“ — die erst kürzlich anlässlich des Dresdener Turnfestes die Deutschen Oesterreich so verbabschlachten zu müssen glaubte — die „fängsten Brutalitäten des geschloßenen Bödels“ verzeichnet und dazu eine Aeußerung des ministeriellen Wiener „Fremdenblattes“ angeführt finden, daß „ein schleuniges und exemplarisches Einschreiten nöthig sei, wenn die Zuchtlosigkeit nicht noch rohere Formen annehmen sollte.“

Ende Oktober wird in Rom der internationale Kongress für Gefängnißwesen stattfinden. Von den zur Verhandlung kommenden Fragen erwähnen wir folgende: Ist bei gewissen Vergehen nicht zweckmäßig, die Gefängniß- oder Haftstrafe durch andere Einschränkungen der Freiheit, z. B. durch Arbeiten in öffentlichen Anstalten ohne Haft, oder zeitweise Verbannung, oder etwa bei einem ersten leichten Vergehen durch Verweis zu ersetzen? Welches sind die wirksamsten Mittel zur Verhütung und Bekämpfung der Landstreicherei? Soll man Zufluchtsorte für entlassene Sträflinge errichten? Ist in den Auslieferungsverträgen eine Klausel aufzunehmen, die gewisse, nach gemeinem Recht Verurtheilte von der Auslieferung ausschließt? Wie läßt sich der regelmäßige Austausch der gerichtlichen Strafverurtheilten unter den verschiedenen Staaten am besten einrichten? Durch welche Mittel muß die Gesetzgebung die gewohnheitsmäßigen Hehler und Räuber, welche die Verbrechen anküpfen oder begünstigen, empfindlicher treffen? Bis zu welcher Grenze hat sich die gesetzliche Verantwortlichkeit der Eltern bezüglich der von ihren Kindern begangenen Verbrechen und die Verantwortlichkeit der Vormünder, Erzieher und Hüter der Kinder zu erstrecken? Welche Aenderungen sind nach den neuesten Erfahrungen beim Bau von Zellengefängnissen vorzunehmen, um solche einfacher und weniger kostspielig zu gestalten, und zwar unbeschadet der nothwendigen Bedingungen einer gesunden und richtigen Anwendung des Systems? Welche Grundsätze sind bei der Errichtung der Gefängnisse in gesundheitlicher und strafrechtlicher Hinsicht in Anwendung zu bringen? In wie weit bringt die Gefängnißarbeit der freien Industrie Nachtheile, und in welcher Weise muß die Gefängnißarbeit organisiert werden, damit eine schädliche Konkurrenz thätigst vermieden werde? Die bevorstehenden Beratungen des Gefängnißkongresses sind insofern von besonderer Wichtigkeit, als es sich die italienische Regierung in neuerer Zeit angelegen sein ließ, die übrigen noch fernstehenden Regierungen zum Anschluß an die Wirksamkeit des Kongresses zu bewegen.

Ueber den Fall der ägyptischen Garnison von Kassala erhält der „Standard“ folgende rainer Depesche:

Die Leute waren durch den Mangel an Nahrungsmitteln an den Rand der äußersten Noth getrieben und hatten während der letzten Tage nur von Gras gelebt. Die Bedrohungen der Ue-

gabe waren ehrenhaft; es wurde der Garnison und den Einwohnern freigestellt, die Stadt zu verlassen, und gegenwärtig leben Sieger und Besiegte freundschaftlich bei einander. Deman Digma, der bei der Nachricht hiervon sehr ärgerlich war, daß er auf große Beute gerechnet hatte, verließ unverzüglich die Nachbarschaft von Suakin und brach nach Kassala auf. Man erwartet indes nicht, daß er im Stande sein wird, die Bedingungen der Kapitulation abzuändern, da sämtliche Stämme der beständigen und auflösenden Kämpfe herzlich müde sind. Die Idee an eine Mission nach Abyssinien, die Major Macdonald in Kargem antreten sollte, wird jetzt wahrscheinlich aufgegeben werden.

## Ausland.

Paris, 27. August. Die „France“ meldet, daß Paul Angalo, der mutmaßliche Mörder Prim's, Paris verlassen hat, und fügt hinzu, daß die spanische Regierung dessen Auslieferung hier zu verlangen gedächte, um eventuell einen Konflikt mit Frankreich herauszubeschwören und damit eine Ableitung der erregten öffentlichen Meinung Spaniens von der Karolinenaffäre zu finden. Die Abreise Angalos habe dieser Intrigue die Spitze abgebrochen.

Rochefort braucht die Ausrede, daß ein zu großer Andrang bei dem gestrigen Protestmeeting aus Anlaß der Angelegenheit Olivier Bain es ihm unmöglich gemacht habe, in den Saal zu gelangen. Diese Ausrede wird jedoch von seinen Gesinnungsgenossen nur wenig günstig aufgenommen. Uebrigens ist bekannt, daß Rochefort den Manifestationen der Volksmassen gern aus dem Wege geht und sofort seine Nerven bekommt, wenn er zu einer größeren Menge sprechen soll.

Courbet's Leiche ist hier eingetroffen; dem Publikum war der Zutritt zum Bahnhofs unterzagt.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. August. Ueber den thatsächlichen Verlauf des in Folge des Kommunal-Beschlusses betreffend die Beseitigung der Ahornbäume in dem nördlichen Theil der Grabenstraße haben wir, nach den Mittheilungen in der Stadtorb-nen-Sitzung vom Donnerstag, bereits berichtet, wir wollen heute noch einige Bemerkungen aus dem Referat des Herrn Dr. Dohren, sowie die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Hagen und des Herrn Graßmann folgen lassen. Die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses, welche derselbe in seiner Sitzung vom 10. Juni zu Ungunsten des Magistrats gefaßt hatte, stützte sich auf § 10 Theil II. Tit. 17 des allgemeinen Landrechts in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Mai 1850 und wurde darin festgestellt, daß für die Abwendung von Gefahren für das Publikum, sowie für Ruhe und Sicherheit die Polizei zu sorgen habe. Beides treffe bei dem streitigen Falle zu und es könne von einer unrichtigen Anwendung des Gesetzes nicht die Rede sein. Es handelte sich nicht nur darum, daß durch das Fällen der großen Bäume die Sicherheit des passirenden Publikums gefährdet war, sondern es konnte auch die öffentliche Ruhe gestört werden, falls das Abholzen etwa in früher Morgenstunden vorgenommen wurde. Mit Bezug auf diese Ausführungen bemerkte der Referent Herr Dr. Dohren, daß man daraus ersehe, ein wie großes Recht der Polizei eingeräumt wäre, und er knüpfte daran den Wunsch, daß dieselbe auch an anderen Stellen von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch machen möchte. So würden diejenigen, welche in der Nähe von militärischen Anstalten und Wägen ihre Wohnung hätten, alltäglich in früher Morgenstunden durch die Revellen aus dem Schlaf geschreckt, dieselbe wurde oft so unrein gehalten, daß man mit Recht von einer Ruhestörung sprechen könne. Ebenso würden die Bewohner in ihrer Ruhe gestört, wenn die Truppenbelle Morgens zwischen 4—8 Uhr mit Musik ertönen. Diese Ruhestörungen treten regelmäßig ein und sind noch größer, als die Störung, welche durch das Fällen eines Baumes verursacht werden könne. In Berlin, sowie in anderen großen Städten wurden verschiedene Anstalten nur des Nachts angefaßt, damit durch dieselben am Tage der Verkehr nicht gehemmt werde, es hat dort noch nie die Polizei solche Arbeiten wegen Bedrohung der Ruheführung in-



gibt. Wenn der Bezirks-Ausschuß in seinem Erkenntnis ausspricht, daß die Polizei zu dem Allee des Baumfällens zugezogen werden müßte, so sei dem entgegen zu halten, daß bisher noch nie mals die hiesige Polizei das Recht beansprucht hat, obwohl von Seiten der Stadt schon lange Reiben von Bäumen abgeholzt seien, wie z. B. in der Pöhl- und in der Deutschenstraße. Im Gegentheil habe die Polizei schon wiederholt an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, auftretenden Unbefindlichkeiten durch Abholzen von Bäumen ein Ende zu machen. Gefähr für das Leben des Publikums sei durch das Abholzen von Bäumen in unserer Stadt noch nie entstanden; in der Deutschenstraße seien nur zwei der Feuer- melde-Telegraphen beschädigt worden und bei der Regulierung dieses Schadens habe es we- der der Mitwirkung der Polizei, noch des Herrn Regierungs-Präsidenten bedurft. In Betreff der langen Dauer des Streites zwi- schen dem Magistrat und dem Herrn Regie- rungs-Präsidenten bedauert der Referent, daß der Magistrat nicht sofort nach Eingang der ersten Verfügung der königlichen Polizei-Direktion den Stadtverordneten Mitteilung gemacht habe, die sofortige Veröffentlichung wäre sicher wirksamer gewesen, als das Vorgehen des Magistrats, denn Redner ist überzeugt, daß sich die öffentliche Mei- nung in allen Theilen zu Gunsten des Magi- strats ausgesprochen und die zur Aufhebung der Verfügung geführte, wie dies schon früher mit einer unbefugbaren Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Betreff der Dampf- schiffs-Marlen geschehen sei. Der Herr Regie- rungs-Präsident zeige sich sehr geneigt, den städ- tischen Behörden gegenüber einzugehen; so habe er z. B. auch angefragt, ob eine von ihm em- pfohlene Zeitschrift vom Magistrat gehalten werde und falls dies nicht der Fall, solle der Magistrat umgehend darauf abonniren und dem Herrn Re- gierungs-Präsidenten davon Mitteilung machen. Es sei doch wohl etwas zu viel, wenn der Herr Regierungs-Präsident den städtischen Behörden eine Zwangs-Erkunde aufzudrücken wolle. Schließlich erwähnt der Referent, daß wenn der Herr Regie- rungs-Präsident in sanitärer Hinsicht die Erhal- tung der Bäume wolle, die Deconomie-Deputation schon lange, gerade in sanitärer Hinsicht, die Ab- holzung der Bäume beschloßen habe. Im Uebri- gen seien in jener Gegend Laufende von Bäumen gefällt, auch seien die städtischen Voranlagen in der Nähe, so daß es an gesunder Luft nicht mangle.

Hieran anschließend, wollen wir den Wort- laut der ersten, in dieser Sache (vom 16. März) erlassenen Verfügung des Herrn Regierungs-Prä- sidenten an die Polizei mittheilen, welche Verfü- gung die königliche Polizei-Direktion wiederum ab- schriftlich mit einer Bemerkung dem Magistrat übersandte:

„Stettin, 16. März 1885.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß beabsich- tigt wird, die schöne Allee, welche sich in der Fortsetzung der Grabowerstraße nördlich der Bir- ken-Allee befindet abholzen zu lassen, angeblich, weil sie der Kanalisation im Wege sei. Ob die Entfernung der Bäume deshalb in der That un- vermeidlich ist, wird festzustellen sein; anderenfalls würde mit Rücksicht auf den Werth einzelner, welchen zumal in einer großen Stadt jeder Baum in gesundheitlicher Beziehung hat, andererseits der in der Entfernung eines solchen Schmuckes liegen- den Verunstaltung der Straße die Entfernung der Allee polizeilich zu hindern sein. Ew. Hochge- bornen erlaube ich, mir nach näherer Ermittlung des Sachverhältnisses gefälligen Bericht zu erstat- ten, einweilen aber bis zu dieserzeitiger weiterer Bestimmung keine Aenderung zuzulassen.

Der Regierungs-Präsident  
W e g n e r.

An den Polizei-Präsidenten Herrn Graf Hue de  
Grais, Hochwohlgeboren hier.

(Abschrift dem Magistrat hier.) Zur gefäl- ligen Aeußerung und mit dem Ersuchen, bis auf Weiteres keine die Allee betreffende Aenderung vornehmen zu lassen, da solche eintretendenfalls polizeilich gehindert werden würde.

Königliche Polizei-Direktion.  
Graf Hue de Grais.

Herr Ober-Bürgermeister H a l e n nahm nach Beendigung des Referats das Wort und erklärte zunächst über den dem Magistrat gemachten Vor- wurf, daß die Verammlung von der Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten nicht sofort in Kenntniß gesetzt worden sei, daß der Magistrat diese unannehmliche Angelegenheit nicht an die De- fentlichkeit gebracht habe, da derselbe nicht erwar- ten konnte, daß diese Sache so weite Schritte verursachen würde. Nachdem der Regierungs- Präsident jedoch dem Magistrat in Strafe genom- men habe, falls die Rücksicht fort. Redner geht sodann auf die Sache selbst ein und führt etwa Folgendes aus: Im Jahre 1883 wurden die Thätigkeiten der Grabowerstraße mit Z u s a m- m u n g der Polizei-Behörden festgesetzt und da hierbei das Niveau der Straße an eini- gen Stellen einen halben Meter abgetragen wer- den mußte, war es dringend nöthig, daß die Allee geopfert, die dort stehenden Bäume fort müssen. Das müßte die Polizei aus ihrem Akten wissen, sie müßte sogar genau unterrichtet sein, da ihr auch der Nivellementsplan zugeführt war. Des- halb war der Magistrat sehr überrascht, daß die- selbe Polizei-Direktion wegen derselben Angelegen- heit nochmals um Auskunft ersuchte und gleich- zeitig das Verbot des Abfällens aussprach, ob- wohl sie bei Feststellung der Thätigkeiten das Ab- fällen der Bäume gleichfalls für notwendig er-

achtet. Der Herr Regierungs-Präsident konnte also genaue Auskunft von der Polizei erhalten und hatte keine Grund, sich an den Magistrat zu wenden und diesem Rathschläge zu erteilen. Die Gesetze bestimmen ganz genau, welche Rechte der Aufsichtsbehörde zustehen, der vorliegende Fall ge- hört dazu nicht. Lag hier wirklich eine Veran- lassung vor, daß der Magistrat einer Korrektur bedurfte? Der ganze Segen der Selbst-Verwal- tung liegt darin, daß die städtischen Behörden selbst beschließen, was sie leisten wollen; deshalb sei es auch Pflicht der Aufsichtsbehörde, daß sie mit dem Eingreifen und Korrigiren ihrerseits etwas vorsichtiger ist. Von dem Herrn Regie- rungs-Präsidenten ist den städtischen Behörden der Vorwurf gemacht, daß sie den Ausbau der Stadt vernachlässigten. Daß dieser Vorwurf nicht gerecht- fertigt, muß Jeder zu geben, der die Anlagen be- trachtet, welche in den letzten Jahren gemacht, wie z. B. in Westend und Torney. Bei diesen Arbeiten ist den städtischen Behörden in zuvor- kommander Weise entgegengekommen worden, nur dem Reichthum gegenüber ist stets ein schwe- rer Stand gewesen und dies ist erklärlich. Der Reichthum ist finanziell am schlechtesten bestellt, derselbe ist nach dem Gesetz verpflichtet, aus den Statistiken Feststellungen 12 Millionen Mark her- auszugeben, welche zur Befestigung von Küstern verwendet werden sollen. Diese 12 Millionen sind bereits verausgabt, aber es ist unmöglich, der gesetzlichen Verpflichtung in Betreff der Beschaf- fung dieser Summe nachzukommen. Deshalb ist der Reichthum der Stadt gegenüber ein Baumver- nehmer, welcher nur seinen eigenen Nutzen sucht. Die Stadt hat bereits in vier Projekten gegen den Reichthum gestimmt und alle Faktoren, welche in diesen Projekten mitgewirkt haben, standen auf Seiten der Stadt, nur der Herr Regierungs-Präsident weigert sich, nach seinem eigenen Zugeständniß, einmal sein Votum gegen die Stadt abgegeben.

Obwohl aus diesem Votum dem Herrn kein Vorwurf zu machen ist, so sei doch zu bemerken, daß es sich auch damals um Entwidlung des Schönheitsplanes handelte und daß die Unter- sagung des Herrn zwischen dem damaligen Vorum und der jetzigen Verfügung auffällig sei. Damals hat der schöne Ausbau der Stadt die Gegenliebe des Herrn nicht gefunden, hier tritt derselbe ohne jeden legalen Grund für einen solchen ein. — Was die Lokalität betrifft, so hat sich der Ma- gistrat Anfangs klar gelegt, ob eine Verfügung der Aufsichtsbehörde oder ein polizeiliches Verbot vorliege und hat sich dahin entschieden, daß es sich um beides handle, und der Magistrat hat des- halb die Vorsicht gebraucht, sowohl Klagen gegen die Polizei, wie beschwerdeführend gegen den Herrn Regierungspräsidenten vorzugehen. Der Bezirks- Ausschuß ist auf Gründe nicht eingegangen. Der die öffentliche Sicherheit vertretende Herr Regie- rungs-Assessor v. Bonin hat gesagt, der Verkehr des Herrn Regierungspräsidenten mit der Stadt durch Vermittelung der Polizei sei ganz gerecht- fertigt und hat sich zur Begründung dieses Aus- spruchs auf ein altes Reskript berufen, welches sich jedoch nicht auf Städte, sondern auf Landkreise bezieht. Der Herr Regierungs-Assessor müßte doch wissen, daß Stettin kein Landkreis, daß hier kein Landrath etwas zu sagen hat und daß Stettin über 100,000 Einwohner hat. Die Ansicht, daß in kommunalen Angelegenheiten nicht durch die Polizei verkehrt werden dürfe, theilt, nach der Mitteilung des Herrn Oberpräsidenten, auch der Herr Regierungspräsident. Aber was der Herr Regierungs-Assessor sagte, steht damit im Gegen- satz, braucht allerdings auch nicht vom Herrn Re- gierungspräsidenten verantwortet zu werden. — Die ganze Begründung der polizeilichen Maßregel sowohl durch die Polizei selbst als durch den Ver- treter des öffentlichen Interesses ist als sehr un- glücklich gewählt zu bezeichnen. — Anstatt auf die von dem Magistrat geltend gemachten Gründe ein- zugehen, wurde vom Bezirksausschuß nur eine Ent- scheidung dahin getroffen, ob bei der Abholzung die Polizei zugezogen werden muß.

Redner ging sodann noch näher auf das ge- gen die Magistratsmitglieder eingeleitete Diszipli- nar-Verfahren ein und er betonte, daß es dem Magistrat nicht daran gelegen hat, seinen Willen durchzusetzen, wie dies behauptet wurde, denn hätte der Magistrat seinen Willen durchsetzen wollen, so hätten denselben so viele Arbeitskräfte zur Ver- fügung gestanden, daß die Bäume hätten können abgeholzt werden, ehe die Polizei erwachte. Red- ner beleuchtet sodann auch die moralische Seite der Angelegenheit. Redner sei 10 Jahre Richter gewesen, aber er würde niemals eine Entscheidung gefällt haben bei einer Sache, bei welcher er per- sönlich betheilig gewesen wäre. Der Herr Regie- rungspräsident hat jedoch die Magistratsmitglieder in Strafe genommen wegen einer Gesetzes- Verletzung, die in einer Sache gesunden wurde, in welcher wider den Herrn Regierungspräsidenten per- sönlich Beschwerde erhoben wurde. Redner hätte in diesem Fall dem Minister die Sache vorgelegt und diesem das Recht der Straffbefugung über- lassen. Wenn sich zwei Anaben streiten, so strafe man beide, wenn sich aber zwei Männer streiten, so frage man, wer anfangen hat, und in dem vorliegenden Falle kann es keinem Zweifel unter- liegen, daß der Herr Regierungspräsident ange- fangen und der Magistrat kam daher der weite- ren Entscheidung mit Ruhe entgegen, es handelte sich um denselben jedoch, daß die Stadtverordneten- Versammlung den bisherigen Schritten des Ma- gistrats zustimme.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister gerundet, ergriff Herr G r a f m a n n das Wort und erklärte etwa Folgendes:

M. Herren. Ich erlaube mir Sie noch auf zwei Punkte aufmerksam zu machen, welche bei der Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu erörtern sind. Die Verfügung erteilt, daß die Er- haltung der Bäume in der oberen Grabowerstraße aus Rücksicht auf die Gesundheit der Bewohner geboten erscheine. Aber hier läßt die Verfügung die Kenntniß vermissen, welche zur Beurtheilung solcher Fragen erforderlich erscheint. Es ist eine bekannte Thatsache der Pflanzen-Physiologie, daß jeder, namentlich jeder junge Baum im Sonnen- scheine Sauerstoff bez. Ozon ausathmet und für die Gesundheit der Bewohner sehr nützlich ist, daß dagegen jeder, namentlich jeder alte Baum im Schatten und in der Nacht Kohlenäure ausath- met und für die Gesundheit der Bewohner schäd- lich ist. Die alten Bäume in der oberen Gra- bowerstraße stehen nun im Schatten der Häuser, sie athmen daher Kohlenäure aus, und sind für die Gesundheit der Bewohner schädlich, ja sie sind bereits, wie der Augenschein zeigt und die Mias- men am Boden beweisen, selbst krank und ver- breiten gesundheitsgefährliche Dünste in den von ihnen beschatteten Wohnungen. Die Verfügung wirkt aber auch in anderer Beziehung schädlich auf unsere Stadt. Die städtischen Behörden haben, wie dies jeder anerkennen muß, in den letzten Jahren sehr viel gethan für Anpflanzungen jun- ger gesunder Bäume um Gassen, zahlreich sind die alternden und kranken Bäume durch neue er- setzt, hunderte von Bäumen sind ganz neu ge- pflanzt. Diese Pflanzungen sollen in den neu anzulegenden Straßen in größtem Maßstabe an den Promenaden, wo die Bäume das Licht der Sonne genießen, fortgesetzt werden. Aber diese Pflanzungen der städtischen Behörden setzen auch voraus, daß nicht fremde Verfügungen sie stören; wenn die Polizei oder der Herr Regierungs-Prä- sident uns verbieten will, alte kranke Bäume fortzunehmen, werden wir uns wohl hüten, neue Pflanzungen anzulegen und wird die Gesundheit Stettins darnunter schwer leiden. Die genannte Verfügung wird also nach dieser Seite hin schäd- lich, ja wohl selbst verderblich für unsere Stadt wirken.

Der lebhafteste Beifall nach dem Redner zeigte, daß die Verammlung mit den Ausführungen des Redners einverstanden war.

Die Feier des Sedantages wird auch in diesem Jahre eine allgemeine werden. Ueber die Veranstaltung von drei größeren Festlichkeiten ha- ben wir bereits berichtet, die erste davon veran- staltet der Patriottische Krieger-Ver- ein in Wolff's Etablissement am 1. September, am 2. September folgt sodann die V e t t e l- Akademie mit einer großen patriotischen Fest- lichkeit im Garten und Saale der Grünhof- Brauerei (Wolff) und der Sammelklub „Laskabie“ in Wolff's Etablissement. Am Sedantage bleibt auch in diesem Jahre sowohl die Börse, als auch die städtischen Bureau und die Rammereiflässe ge- schlossen. Am Vo. mittag finden die üblichen Schul- feierlichkeiten, am Nachmittag ein Festdiner der Behörden im neubauischen Kasino statt. Außer den obengenannten Vereinen haben noch mehrere andere besondere Festlichkeiten in Aussicht genom- men, so findet bereits morgen, Sonntag, eine Vor- feier im Deutschen Garten statt, bei welcher der Sängerkorps des Torneyer Handwerker-Vereins mit- wirkt, am 2. September veranstaltet ferner der Dilettanten-Verein eine Festlichkeit, während der Handwerker-Verein zur Nachfeier Sonntag, den 6. September, im Deut- schen Garten zu einer Festlichkeit zusammenkommt, bei welcher Herr Stadtrath Bod die Feste übernommen hat.

Landgericht. Ferien-Straf- kammer. Sitzung vom 28. August. Der Lehrer Paul Neumann aus Regowoselbe war in Kammer als Lehrer angestellt und hatte sich auch daselbst mit einer früheren Schülerin, der Tochter des dortigen Krugbesizers verheiratet; derselbe scheint noch aus früherer Zeit Schulden gehabt zu haben und später in wucherische Hände gefallen zu sein, dazu kam, daß er auch leicht- sinnige Gesellschaft antrat und mit dieser Aus- gaben machte, welche seine Einnahme überstiegen, denn seine ganze Einnahme als Lehrer der Ge- meinde Kammer betrug jährlich nur 780 Mark. Er gerieth in finanzielle Bedrängnis und er wählte den schlechtesten Weg, um sich daraus zu befreien, er verübte nämlich Wechselräuberei und zwar seit er in 1/2 Jahr falsche Wechsel in Höhe von 5000 Mark in Umlauf auf welchen er theils die Unterschrift seines Schwelgervaters, theils die Un- terschrift von Mitgliedern des Vorschuß-Vereins zu Einnahme fälschte. Die Ermittlung dieser Fälschungen blieb nicht lange aus und Neumann wurde in Haft genommen. Heute hatte sich der- selbe wegen wiederholter schwerer Urkundenfälschung zu verantworten; bei seiner Vernehmung legte er ein offenes Geständniß ab und wurden ihm in Folge dessen mildere Umstände zugestanden und gegen ihn auf 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust erkannt.

Eine interessante Anklage wegen Vernichtung einer Urkunde beschuldigte demnach den Gerichts- hof. Am 2. April v. J. fand in Dargobanz Gemeinde-Versammlung statt, in welcher u. A. die Jahres-Rechnungen pro 1883-84 geprüft und die Beläge verglichen wurden. Nachdem De- charge erteilt war, beantragte der Eigentümer Ferd. Richter die Beläge zu vernichten, damit mit denselben kein Unfug mehr getrieben werden könne. Da keine Widerrede erfolgte, nahm Rich- ter das Bad Beläge und trug dieselben in die nahe Küche und verbrannte sie dort im Ofen. Später denunzierte Richter den Dreischulzen Bladeri

wegen vorübergehender Unregelmäßigkeiten und dieser machte zu seiner Vertheidigung geltend, daß die Beläge von R., mit dem er seit langer Zeit in Feindschaft lebe, nur vernichtet seien, um den Schulden denutzieren zu können. Die Folge da- von war, daß gegen Richter Anklage wegen Ver- nichtung von Urkunden erhoben wurde. Bei der heute deshalb anberaumten Versammlung erklärte R., daß er früher 14 Jahre Gemeinde-Vorsteher gewesen sei und daß in dieser Zeit die Beläge stets nach der Decharge-Ertheilung vernichtet wor- den seien, auch habe er dieselben bei der Ge- meinde-Sitzung vom 2. April v. J. nicht eigen- mächtig, sondern im Einverständniß mit dem Schul- zen verbrannt. Da Letzterer auch durch einen Zeugen bestätigt wurde, beantragte der Herr Staatsanwalt selbst Freisprechung und demgemäß erklärte auch der Gerichtshof, dagegen wurde der von der Vertheidigung gestellte Antrag, dem An- geklagten die notwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu erstatten, abgelehnt.

Unter Ausschuß der Deffentlichkeit wurde wider die verehelichte Karoline Friederike W e d n aus Pinnow wegen Majestätsbeleidigung verhan- delt und dieselbe zu 3 Monaten Gefängnis ver- urtheilt.

— Ende Juni v. J. wurde, wie wir mit- getheilt, in der Weinhandlung des Herrn Dewald hierher selbst ein Einbruch verübt und bei dem- selben eine größere Geldsumme entwendet. Als einziger Anhalt zur Ermittlung der Diebe diente ein am Thabor zurückgelassenes Taschentuch und durch dieses gelang es auch unserer Kriminalpoli- ze, den Dieben auf die Spur zu kommen. Es sind dies die Reimer Dolar W i l l e, K r u m m- r e i t und Z i p p e r, erstere beiden wurden in Berlin, letzterer hierher selbst verhaftet. Alle drei leugnen, an dem Diebstahl betheiligt zu sein, doch liegen sehr belastende Momente gegen dieselben vor. Zipper war früher in Aux Cayes de France hier- selbst in Stellung und scheint die Gelegenheit zum Diebstahl ausgenutzt zu haben.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. C y s t u m t h e a t e r:  
„Hans Lange, ein edles Bozenerherz.“ Schau- spiel in 4 Akten.

### Bermischte Nachrichten.

— Das zur direkten deutschen Dampfschiff- fahrt (Expedienten Morris u. Komp.) gehörende Hamburger Dampfschiff „Australia“, Kapitän Brand, ist am 25. d. Mts. wohlbehalten in Newyork angelangt. Dasselbe überbrachte 210 Passagiere und volle Ladung.

— Der erste Schnee in der Mark hat sich dies Jahr recht zeitig eingestellt und ist derselbe, wie das „Berl. Febl.“ erzählt, am Sonntag zwischen Werder und Lehnin gefallen.

— (Ein galanter Arzt.) „Welchen Arzt haben Sie, lieber Freund?“ — „Den Doktor S.“ — „Wie, diesen Charlatan?“ — „Ja, sehen Sie, daran ist meine Frau schuld. Sie fragte ihn einmal, warum sie immer so kalte Füße habe, worauf er antwortete: „Das kommt daher, weil Ihre Füßchen so klein sind, daß nicht genügend Blut darin Platz hat.“ Seitdem will meine Frau keinen anderen Doktor mehr.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

Wien, 28. August. Das „Armee-Verord- nungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Groß- fürsten Thronfolgeres Nicolaus zum Oberst-Ja- bacher des 5. Ulanen-Regiments und des Großfür- sten Georg zum Oberleutnant des Ulanen-Regi- ments Kaiser von Rußland.

Paris, 27. August. In einem heute Nach- mittag statt habenden Ministerraths wurde beschlos- sen, daß bei der morgenden Leichenseier des Ad- mirals Courbet keine Rede am Sarge gehalten werden soll, der kirchlichen Feier in der Kapelle des Invalidenhauses werden aber alle Minister beiwohnen, bei der Beisetzung der Leiche in Abbé- ville, die am Montag erfolgen soll, wird der Mi- nister des Innern, Alain Targé, erklärte die Mel- dung eines ausländischen Blattes, daß sich die Cholera in Paris und in dessen Umgebungen ge- zeigt habe, auf das bestimmteste für unbegründet.

Marseille, 27. August. Heute sind hier- selbst 31 Personen an der Cholera gestorben.

Petersburg, 28. August. Das russische Kaiserpaar hat gestern die russische Grenze wieder passiert.

Der Minister des Auswärtigen von Wien hat seinem Abunkten Blagall folgende Depesche übermittelt: Prerau, 26. d.: Die Majestäten haben soeben Krenker verlassen und dem besten Eindruck von dem herrlichen Empfang, den sie dort fanden, und von dem vollkommenen Einver- nehmen, welches bei der Zusammenkunft sich zeigte, mit sich genommen.

London, 27. August. In dem Dorfe Mal- knavatt, Graffschaft Allens, kam es heute zu ernstem Aufruhr. 100 Polizei-Agenten, welche einige Pächter, die das Bachtel nicht be- zahlt hatten, aus ihren Bachtgütern entfernen wollten, wurden von einer gegen 2000 Personen starken Volkmenge angegriffen. Die Polizei mußte mit den Bajonetten einschreiten, wobei auf beiden Seiten zahlreiche Verwundungen vor- kamen.

London, 27. August. Der Herzog und die Herzogin von Connaught sind heute Nachmittag auf der königl. Yacht „Victoria und Albert“ nach Deutschland abgereist.